



pax christi-Kommission Friedenspolitik
c/o Christof Grosse
Brettener Straße 41
75177 Pforzheim
Tel. (07231) 358765
Mail: grosse@ch-grosse.de



Ökumenisches Netz Württemberg
Sprecherin Sylvia Dieter
Nahe Weinbergstraße 12
74384 Lauffen/Neckar
Tel. (07133) 21068
Mail: sylvia.dieter@online.de

Nein zur NATO - Ja zum Frieden!

Handreichung zur Friedenspolitik, herausgegeben von der pax christi-Kommission Friedenspolitik mit Unterstützung des Ökumenischen Netzes Württemberg

Die internationale Friedensbewegung mobilisiert seit dem Frühjahr 2008 gegen den NATO-Gipfel am 3./4.4.2009 in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden und gegen die dort geplanten Feierlichkeiten aus Anlass des sechzigsten Jahrestags der Gründung des Militärbündnisses - darüber hinaus aber auch grundsätzlich gegen Konzeption und Praxis des Bündnisses.

Doch bei allen Gemeinsamkeiten in der Kritik treten auch deutliche Unterschiede unter den Akteuren des Protests zu Tage. So beteiligen sich keine Gewerkschaften, und von der Friedensbewegung haben einige in Friedensdiensten engagierte Organisationen, darunter pax christi, wohl aus Gründen der „Güterabwägung“ den gemeinsamen Aufruf nicht unterschrieben. Zwar erfährt die NATO alle möglichen Negativzuweisungen: ihre Funktion als Gewaltagentur, das durch sie über lange Jahre zementierte Blockdenken mit der ständigen Gefahr des Nuclear Overkill, ihre heutige, gewandelte Rolle als weltweite Eingreiftruppe in zukünftigen Rohstoffkriegen, ihre vorgesehene undemokratische, geradezu diktatorische Befugnisse beanspruchende Rolle als im Idealfall allein verbleibender Machtfaktor in einer unüberschaubar gewordenen Welt. Dennoch herrscht weitgehend - aus einem überstarken, kleinemütigen Sicherheitsbedürfnis hervorgehend - die Auffassung, die NATO sei auch in Zukunft unumgänglich notwendig.

Doch gab es auch schon andere Zeiten: Als der Film "The day after" mit seinem realistischen Bedrohungsszenario die westeuropäische Bevölkerung erschütterte, als sich Hunderttausende friedensbewegt gegen den NATO-Doppelbeschluss zusammenschlossen, als sich überall ökumenische Netzwerke gründeten, als sich nach Perestroika und Mauerfall 1989, von dem Propheten-Wort "Schwerter zu Pflugscharen" (Micha 4) beflügelt, Hoffnungen auf Rüstungskonversion und Friedensdividende zu erfüllen schienen.

In diese Apathie, in dieses Rückzugsdenken, in diese Neigung zur Kapitulation vor der „Macht des Faktischen“ hinein oder gegen diese Anpassung an militärische Gewalt möchten die folgenden Überlegungen Bewegung bringen. Zumindest aber sollen sie zum Nachdenken anregen.

Die vorliegende Handreichung will:

- die Solidität der NATO und die scheinbare Alternativlosigkeit eines Bekenntnisses zu diesem Bündnis in Frage stellen;*
- Friedensgefährdungen deutlich machen und*
- aus friedensethischer und christlicher Verantwortung auf die durch Militär gefährdeten Menschenrechte und auf die zwingende Gültigkeit des Völkerrechts hinweisen.*

Wandlung der NATO zu einem System kollektiver Unsicherheit

Die NATO, heißt es, hat über die 40 Jahre des Kalten Krieges den heißen Krieg verhindert, war in dieser Zeit Garant für Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt und hat durch eine einzigartige Verbindung von Verteidigungsbereitschaft und Entspannung wesentlich zur Überwindung der Ost-West-Konfrontation beigetragen. Die NATO war in dieser Zeit jedoch auch - ebenso wie der Warschauer Pakt - Teil eines Drohsystems, dessen Konzeption mit der nuklearen Overkill-Option die weltweite Massenvernichtung einkalkulierte. Mit der Auflösung des östlichen Bündnisses 1991, durch die dem westlichen Bündnis der Feind abhanden gekommen war, wurde die NATO nach eigenem Verständnis zu einer Art globaler Ordnungsmacht, die angeblich die UNO unterstützt. Eigentlich wäre mit dem Wegfall der Bedrohung aus dem Osten auch die Auflösung der NATO fällig gewesen.

Stattdessen entwickelten Politik und NATO-Stäbe ein neues Selbstverständnis der eigenen Existenzberechtigung: Jetzt gelten „neue Herausforderungen“, „Risikovorsorge“, „Krisenreaktion“, „Terrorabwehr“, „Gewährleistung und Förderung eines ungehinderten Warenaustauschs“, „gesicherte Rohstoffzufuhr“ oder die „sichere Energieversorgung als Grundlage unseres Wohlstands“, wie es auch im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 formuliert wird. Mit diesen globalen Orientierungen wird Sicherheitspolitik nicht mehr (allein) als Verteidigungspolitik, sondern als Interessen- und Wirtschaftspolitik mit militärischen Mitteln „out of area“ definiert, meist auch noch zur „humanitären Intervention“ schöneredet.

Die NATO diktiert mit diesem Anspruch eine „zivil-militärische Zusammenarbeit“ (CIMIC) unter der Vorgabe des Militärs. Damit werden zugleich Werte westlicher Demokratien sowie menschen- und völkerrechtliche Bindungen der UNO für eine „schöne neue NATO-Welt“ usurpiert und nach militär-strategischem Muster umgedeutet.

Kooperation mit der EU

Mit dem Zugriff der NATO auf globale Wirtschaftsprozesse, mit den zunehmenden globalen Ambitionen der EU und der Mitgliedschaft europäischer Staaten sowohl in der NATO wie in der EU ergeben sich zudem politische, wirtschaftliche und militärische Schnittmengen im Streben nach Weltgeltung und Weltherrschaft beider Systeme. Sicherlich lassen sich unterschiedliche Interessenslagen von NATO und EU feststellen, die zu einer direkten Konkurrenz oder doch zu einer Kooperation unter Vorbehalten führen können. Unbestreitbar sind aber im Lissabon-Vertrag der EU von 2007 diverse Formen der Zusammenarbeit beider Systeme vorgesehen.

Denn sowohl NATO als auch EU verfolgen seit dem Ende des Kalten Krieges eine Strategie der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Globalisierung, in der von der früheren Verteidigung des Westens zu einer Politik der weltweiten Interessendurchsetzung umgeschaltet wurde. Beide Systeme verbinden dieselben oder wenigstens sehr ähnliche weltpolitische Ambitionen, die sich sowohl in Rohstoff- und Wirtschaftsinteressen äußern als auch in der Positionierung gegen erklärte gemeinsame Gegner. Trotz etlicher Unterschiede und Bemühungen um Eigenständigkeit bestehen zwischen NATO und EU deutliche Anpassungen an das jeweils andere System.

Die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist eng verkoppelt mit der NATO und auf eine rigorose globale Machtpolitik angelegt. Selbst wenn man die unterschiedlichen historischen Gegebenheiten der USA als der NATO-Führungsmacht einerseits und der europäischen Staaten andererseits berücksichtigt, ferner die bestehenden vielfältigen nationalen Besonderheiten der EU-Mitgliedstaaten und die Differenzen zwischen der US- und der EU-Außenpolitik, so bleibt doch festzuhalten: Die gemeinsame militärische, politische und wirtschaftliche Interessenlage führt - insbesondere im Zusammenhang des Afghanistankrieges und der Terrorismusideologie - zu vorübergehenden Koalitionen, aber auch zu dauerhafter Kooperation, wie sie im Vertrag von Lissabon festgeschrieben sind.

Militärisch-Industrieller Komplex - eine Gefährdung der Demokratie

Auf den NATO-Gipfeln oder auf der Münchner "Sicherheitskonferenz" treffen sich Vertreter der Eliten von Militär, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft: ein Ausdruck enger Beziehungen und Bindungen. Das Militär ist vor allem eng verflochten mit der Rüstungsindustrie - daher auch vor allem in den sechziger und siebziger Jahren die breite Debatte um den „Militärisch-industriellen Komplex“ (MIK). Darüber hinaus sind Geheimdienste, Polizei, Forschung und die politischen Parteien eingebunden. Militärs und Vertreter aus Wirtschaftsforschung, -technologie und -produktion wirken als Lobbyisten erheblich auf die Politik ein. Daher müsste man eher von einem „Militärisch-wirtschaftlich-politischen Komplex“ sprechen. Zwischen den drei Bereichen Militär, Wirtschaft und Politik findet ein ständiger Informations- und Personalaustausch statt, der u. a. zu Abhängigkeiten und Vorteilstransfers führt.

Allgemein herrscht die Überzeugung, dass die Wirtschaft nach militärischen Notwendigkeiten und nach politischen Maßstäben Aufträge erhält. Entsprechend der marktstrategischen und profitorientierten Funktionalität

kapitalistischer Produktionsweise bieten jedoch Rüstungsforschung, -technologie und -produktion dem Militär immer neuere und bessere Waffentechnik an. Damit sind nicht Politik und Militär maßgebend, sondern das Verhältnis von Militär, Wirtschaft und Politik kehrt sich tendenziell um: Das Militär wird zum Ausführungsorgan der Rüstungswirtschaft und in der Regel folgt die Politik den Vorgaben der Militär- und Rüstungslobby.

Damit stellt sich zugleich die Frage, inwieweit noch die demokratisch gewählten Volksvertreter das Sagen haben oder ob nicht längst die Akteure des MIK die Macht an sich gezogen haben. Mit dem großen Einfluss der Wirtschaft auf das Militär - gleichsam als öffentlich-private Partnerschaft - vollzieht sich schleichend eine „Privatisierung“ bzw. Entstaatlichung und eine immer weiter gehende Entdemokratisierung des Militärs. Mit Geheimhaltung, Intransparenz, ja sogar mit bewusster Fehl- und Nichtinformation der parlamentarischen Gremien und der Öffentlichkeit werden demokratische Kontrollen erschwert und umgangen.

Ein Bündnis für Bürgerinnen und Bürger?

Nach verbreiteten Vorstellungen soll die NATO uns vor einem (u.U. wieder) aggressiven Russland schützen, vor einem atomar gerüsteten Iran, vor Terroristen und islamischen Fanatikern, vor Überfremdung durch Migration, in Wirtschaftskriegen gegen die aufstrebenden Staaten Asiens, sie soll uns bei der Rohstoffversorgung helfen und uns überhaupt vor allen Beeinträchtigungen unseres Lebens bewahren - und das alles möglichst weit weg am Hindukusch. Darüber wird gern verdrängt und vergessen, dass es andere Bedrohungen der Menschen gibt: Verarmung, Enteignung, Entdemokratisierung, Unterentwicklung, Hunger und Elend, nicht nur in Afrika, Asien oder Lateinamerika, sondern mehr und mehr auch in unserem Land – und nicht erst seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern in der Folge von politisch geduldeten, teilweise sogar bewusst hergestellter Ungerechtigkeit und von mangelnder Solidarität.

Eine Welt mit verarmten Randgruppen wird offenbar ohne großen Widerstand aus der Bevölkerung hingenommen. Dagegen haben die meisten Menschen Schwierigkeiten, sich eine Welt ohne kostspieliges Militär vorzustellen. Die Befürchtung ist groß, dass das Leben dann aus den Fugen gerät, so wie ein Leben ohne kapitalistische Wirtschaftsordnung oder ohne polizeiliche Gewalt undenkbar erscheint. Phantasie- und Mutlosigkeit, Gewohnheitsdenken, aber auch die offensichtlichen wie versteckten Machtspiele der Herrschenden behindern oder unterdrücken sogar ein Leben in Gerechtigkeit, Solidarität und praktizierter Demokratie, in einem gewaltfrei und durch ziviles Krisenmanagement gesicherten Frieden.

Alternatives Denken und Handeln - aus christlicher Verantwortung

Dagegen gab es in der jüngsten Vergangenheit bemerkenswerte Schritte hin zu einem „gerechten Frieden“: Die Versammlung des Weltkirchenrats von 1983 in Vancouver/Kanada einigte sich auf einen „konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“; die Friedensbewegungen kämpften in den frühen 1980er Jahren u. a. gegen den sog. „NATO-Doppelbeschluss“ zur Stationierung atomar bestückter US-Raketen in Europa; die Erste Europäische Ökumenische Versammlung 1989 in Basel propagierte die Ziele des konziliaren Prozesses. Und schließlich endete im selben Jahr die Blockkonfrontation der verfeindeten Militärbündnisse von NATO und Warschauer Pakt.

Jetzt - 20 Jahre später - präsentiert sich die NATO mit globalen Ansprüchen, modernisiert, in einer neuen Form US-amerikanisch-europäischer Verflechtung als unbestrittene militärische Weltmacht. Doch der Protest der Massen bleibt zum sechzigsten Jahrestag der Gründung des Militärbündnisses weitgehend aus. Dabei geht der konziliare Prozess nach inzwischen drei Europäischen Versammlungen und einer Weltversammlung (1990 in Seoul) mit der Friedenskonvokation in Jamaika 2011 nunmehr in die „Endrunde“. Obwohl jede einzelne christliche Gemeinde aufgefordert ist, eine eigene Friedenserklärung abzugeben, die dann in die große gemeinsame Erklärung einfließen wird, ist das Interesse an Friedensthemen schwer zu vermitteln und in die Gemeinden zu tragen.

Dass der Friedensruf so schwach vernehmbar geworden ist, hat wohl mehrere Gründe. Mit der Zuversicht, in nahezu wörtlich letzter Minute noch die Schöpfung bewahren zu können, ist für viele auch die Hoffnung geschwunden, in den immer komplexer werdenden Zusammenhängen noch eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens aufzurichten. Es fehlt das entschiedene offensive „Nein“ gegenüber den Akteuren der fatalen Entwicklung: Militarismus und Neoliberalismus im Verbund mit der Übermacht unkritischer Medien haben die Menschen - unter der Decke einer vordergründigen und trügerischen Friedlichkeit - in ein System der Gewalt verstrickt, aus dem sich zu lösen es großer Kraft bedarf.

Orientierungspunkte für den Frieden sind dagegen aus jüdisch-christlicher Tradition und Glaubensüberzeugung durchaus gegeben - es bedarf allerdings der entschiedenen und solidarischen Tat. Wenn Politik und Gesellschaft

wirklich auf dem jüdisch-christlichen Wertesystem basieren sollen, ist in erster Linie das Liebesgebot maßgebend: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, denn er ist wie du“ (3 Mos 19, 18; Mt 19, 19; 22, 39). Diese Forderung bezieht jeden, selbst den Feind mit ein (Mt. 5,44). Wie wenig ein durch die Herrschenden diktiertem Gegner ein Feind ist - das hat 1989 die Wende spürbar gezeigt. In der Bergpredigt wird diese Lebensnotwendigkeit der Achtung und Annahme des anderen in die so genannten Goldene Regel gefasst: „Alles, was ihr also von anderen erwartet, das tut auch ihnen.“ (Mt. 7, 12). Diese Regel widersetzt sich jeglichem Gedanken an Beschädigung des Gegenübers und verpflichtet den Menschen, an Stelle von Vergeltung und Rache dem Mitmenschen solidarische Güte zu erweisen.

Damit sind wir aber auch verpflichtet, uns allen offenkundigen, zumal den militärischen Gewaltstrukturen in der Welt entgegenzustellen. Wir setzen auf den Widerstand ethisch sensibler und verantwortungsbewusster Menschen, auch aus den Reihen des Militärs, gegen die konkreten, völkerrechtlich und politisch-moralisch verwerflichen NATO-Interventionen und auf einen öffentlichen Legitimationsentzug für diese Interventionen, nicht zuletzt seitens der Kirchen. Einseitiges Sicherheitsdenken widerspricht grundlegend dem biblisch-christlichen Gerechtigkeitsideal. Deshalb können wir uns auch nicht mit der Existenz von Militärbündnissen abfinden. pax christi und andere christliche Friedensbewegungen haben in der Vergangenheit wiederholt deren Auflösung gefordert und werden es weiterhin tun. Frieden als Grundmotiv des Neuen Testaments ist mit militärischer Gewalt und Gewaltvorbereitung unvereinbar.

Ausblick

Das christliche Weltverständnis ist keine Träumerei, keine abstrakte weltfremde Spiritualität, und beinhaltet schon gar nicht eine Nischenethik, die mit der harten Lebensrealität nichts zu tun hat. Ganz im Gegenteil: Es ist eine harte Forderung der Mitmenschlichkeit. Christliche Ethik wendet sich gegen die, die Waffen zum Vernichten, Verletzen und Töten herstellen, die aus Macht- und Profitinteressen dem Militarismus dienen, die Menschen in Not und Elend treiben und die diejenigen diffamieren und entwürdigen, die aus mitmenschlicher Verantwortung Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität und die Bewahrung der Schöpfung anmahnen,

Ein Bündnis wie die NATO, das erklärtermaßen Partikular-Interessen seiner Mitgliedstaaten auf Kosten anderer schützen und letztlich mit militärischen Mitteln durchsetzen soll - und dazu sogar den Ersteinsatz von Massenvernichtungswaffen vorsieht -, ist daher weltinnen- bzw. friedenspolitisch eine Gefahr für die Menschheit und hat keinerlei Daseinsberechtigung.

pax christi ist sich klar darüber, dass die Abschaffung der NATO - und ähnlicher Militärbündnisse - nur im Wege eines politischen Prozesses möglich ist. Wir geben uns auch nicht der Illusion hin, die NATO könnte sich aufgrund purer Einsicht der Angehörigen ihrer diversen sicherheits- und militärpolitischen „Gemeinden“, ohne „Druck von unten“, auflösen.

Wir fordern den Aufbau von kooperativen, an der Leitidee einer Sicherheitspartnerschaft orientierten und dem Ziel „gleicher und gemeinsamer Sicherheit“, den Menschenrechten und dem Völkerrecht verpflichteten Vertragssystemen (von der Art der OSZE) unter dem Dach einer reformierten UNO und mit strikter Bindung an deren allgemein anerkannte Rechtsordnung und die Menschenrechte. Letztlich muss die internationale Gewaltkontrolle ausschließlich der UNO obliegen. Kurzfristig sind der Rückzug aus allen Auslandseinsätzen, die schrittweise Senkung der Rüstungsausgaben, eine glaubhafte Kontrolle des Rüstungshandels und ernsthafte Abrüstungsverhandlungen zur Überwindung des Militarismus und Nuklearismus die Gebote der Stunde. Als entscheidender Zwischenschritt aber muss der Austritt Deutschlands aus der NATO durchgesetzt werden.